

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No 9 – 16. Mai 2010

auf die asche gepfeifen + merkel im medien-hagel + problem mit biokraftstoff + hilft kirche kaczyński-bruder? + gigantische windkraftkosten + online-wahlkampf überschätzt + stefan aust verstolpert + naumanns kronprinz ++ 'talk im turm' revitalisiert + kodex vom neuen dpa - chefredakteur



Angela Merkel + Elmar Brok

Angela Merkel "turned the tables"

Interview mit Elmar Brok, außenpolitischer Koordinator der Fraktion der Europäischen Volkspartei

ContraSalon Ein Brite staunte über die Preisrede der Kanzlerin in Aachen; "She turned the tables." Dreht sie tatsächlich, lange erwartet, den Tisch Europa herum? Will die Kanzlerin die fehlenden Schritte zur Politischen Union tun, zu denen es bei der Euro-Einführung "nach Maastricht" nicht kam?

Elmar Brok Sie will, dass zuerst einmal die Regeln strikt eingehalten werden, an der Spitze die 3%-Grenze bei der Neuverschuldung der EU-Mitgliedstaaten. Dazu muss, darin sind die Europapolitiker der CDU mit ihr einig, die Kommission nachdrücklich gestärkt werden. Sie muss das Recht haben, für die Einhaltung der Regeln selbst zu sorgen. Vor allem müssen **schnell, europäisch und global, die G-20-Beschlüsse zur Finanzmarktordnung in die Praxis** umgesetzt werden.

CS Die Nachrichten kreisen um die angeblich gewollte totale Kontrolle nationaler Haushalte durch die Kommission. Stimmt die Richtung?

EB Noch einmal; Die vertragliche Begrenzung der Verschuldung steht zur Debatte, nicht Eingriffe in unseren deutschen Haushalt bei zum Beispiel der Sozialpolitik. Deshalb muss die Kommission auch **Instrumente haben, die 3-Prozent-Grenze durchzusetzen**. Warum soll sie zum Beispiel dabei nicht auch Haushaltspolitiker mit unmissverständlichen Ratschlägen versehen? Das heißt aber nicht, dass die EU in die Gestaltung und Prioritätensetzung eines nationalen Haushaltes innerhalb der notwendigen Regeln eingreift.

CS **Heiner Geißler, Hans Eichel und Joschka Fischer** sagten, ohne politische Union überlebe der Euro nicht, folglich gehe es um weitere Aufgabe von Souveränität. Übertreibung?

EB Man könnte gewiss so argumentieren, aber es **führt heute und morgen nicht weiter**. Die Kanzlerin hat in Aachen sehr wohl Ergänzungen des Lissabon-Vertrags verlangt. So etwas wird aber sicher zehn Jahre dauern. **Was sofort gehen muss**, ist die Rückkehr zu den Kriterien der Währungsunion, vor allem zum **Stabilitätspakt, den Schröder und Chirac aufgeweicht hatten**.

CS Und England? Der neue Premier David Cameron hat sogar verlangt, nach Brüssel verlagerte Zuständigkeiten zurück nach London zu holen. Kommentar..

EB Ganz einfach: So etwas geht nur durch einen einstimmigen Vertragsänderungsbeschluss des Rats einschließlich eines neuen Verfassungskonvents und abschließender Ratifizierung durch alle Mitglieder der EU. So etwas kann David Cameron vergessen.

CS Europa hört nichts über die Krise aus seinem Parlament, nur Klein-klein. Warum gibt es gerade dazu nicht große Krisendebatten wie im Bundestag?

EB Wir haben für die Woche ab 17. Mai **eine solche Debatte beschlossen**. Schlimm war, dass das ohne heftigen Krach in unserer Fraktion der EVP nicht zustande kam. Mittwoch kommt die Debatte.

Die Kanzlerin in Aachen: Europa größte Krise bewältigen!

Die gegenwärtige Krise um die Zukunft des Euro nannte die Kanzlerin die größte Bewährungsprobe, die Europa seit 1990, womöglich noch seit viel längerer Zeit, zu bestehen habe. "Diese Bewährungsprobe ist existenziell", stellte sie fest. Diese Bewährungsprobe müsse bestanden werden. Gelingen das nicht, seien die Folgen unabsehbar. Die Rettung des Euro sei so wichtig, weil alle spürten: "Scheitert der Euro, dann scheitert nicht nur das Geld, dann scheitert mehr, dann scheitert Europa, dann scheitert die Idee der europäischen Einigung." Die Krise müsse auch Anlass sein, Mängel an der europäischen Architektur zu beheben, forderte die Kanzlerin. Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssten dabei auch "vertragliche Konsequenzen" ziehen und Probleme ehrlicher ansprechen. Europa werde sich stärker wirtschafts- und finanzpolitisch verzahnen müssen. "Und jenseits des Ökonomischen wagen wir vielleicht nach der gemeinsamen Währung weitere Schritte, zum Beispiel den zu einer gemeinsamen Armee", so Merkel.

Linkstrend - Phantome, Merkel-Verachtung und NRW-Enthalterei

Es gilt das Wort von Bert Brecht über Truppen, die wild (hier gegen Merkel) zu Felde ziehen:

"Wer an der Spitze marschiert und vom Feind spricht, ist selbst der Feind."



☐ Jürgen Wahl

Noch nie seit der Strauß-Kampagne von 1980 haben so viele so laut, so unbeirrt und so einig über ihre Differenzen hinweg gegen CDU, Angela Merkel, die Bundesregierung inklusive FDP getrommelt, und noch nie wurde in einigen Meinungsforschungsinstituten "unter Drei" ("nicht zum Verbreiten") so übereinstimmend geflüstert, die Masse der CDU-Stimmenthalter (330.000) seien willige Mitläufer oder resignierende Opfer von Medien-Kampagnen, in denen sogar konservative Katholiken mit fast linken Talkshows einig waren: "Die Merkel

steht für nix." Und der Rüttgers könne "es" eben auch nicht. Was aber einige CDU-Fürsten können: Im Fernsehen nicht über das sprechen, was alle wissen: Die CDU-Niederlage in NRW war zu 2/3 "medien-made". Warum bleibt der Beweis in Schreib-tische eingesperrt?

Wieder piffen doch BILD-Blätter, eine Ecke FAZ und ein bißchen RP, dazu die linke WDR-DLF-Hörfunk-Mafia den Quatsch vom Linkstrend der CDU, vom schrecklichen Fehlen "echter" Konservativer und vom ewigen Fernbleiben der blassen Märchenfigur "Stammwähler". Es störte nicht, dass große Mehrheiten der älteren Unions- und SPD-Wähler ihrer Partei sehr treu blieben, mittlere Jahrgänge, die noch gar nicht "Stamm" werden konnten, leider nicht. Und die an Rückspiegeln trainierten Brüller haben auch noch immer nicht begriffen, dass die Masse der Jungen mehr grün oder gar links wählt, CDU jedoch immer weniger. WARUM?

Sie tun es nicht einmal so sehr aus Ablehnung von CDU und SPD, sondern aus Verwirrung über die Realitätsferne einer Generation, die sich alle vier Wochen von einem neuen Skandal hitzig erregen lässt, zugleich immer weniger politisches Wissen hat und vor allem das simple Kämpfen und Bekennen verlernt hat. "Mißbrauch", "Spenden", "Raffen", "Korruption", - Jeder Schrei trieb jetzt die NRW-Enthaltungsarmee unter ihre Tische. Von dort meckern sie weiter oder schweigen sich gelb.

Die neue deutsche Generation achtet Guttenberg, Käßmann und v.d. Leyen, aber auch Merkel, je öfter sie nämlich vor Ort erscheint und nicht von Fernseh-

Moderatoren präsentiert wird, deren Einkünfte sich mit denen von Torjägern vergleichen lassen - lauernde Wesen mit Illner-Blick! Vorbei die Zeit, da Gruppen der Jungen Union im Berliner Funkhaus störten und fragten, warum Erzkommunisten der alten DDR auftraten, jeder Pimpf der NPD aber die Demokratie gefährde. Vorbei die Zeit, da man mit einmal aufgestellten Unionskandidaten durch Dick und Dünn bis zum Wahltag ging. Jetzt ist die Zeit, da Moderatoren auch Gysi mit der Verbeugung "Vielen Dank für Ihre Einschätzung" verabschieden und schon mal aufpassen müssen, ihn nicht - wie gewohnt im Café Einstein - zu duzen.

Konsequenzen: Den wenigen qualifizierten Jungen, die sich in der CDU abstrampeln, auch zwischen Wahlen helfen; Parties wagen statt an Sonnenschirmen auf den Feind zu warten; frechere Leserbriefe schreiben mit dem Vermerk, die würden auch ins Internet gestellt; große Koalitionen nicht kaputtreden, wenn z.B. jene mit Steinbrück solider war als die jetzige kleine mit Westerwelle; Parteifreunde aus den fünf Nachbarstaaten einladen und öffentlich befragen, warum sie alle Kernkraft bejahen, damit Zuschauer und Zuhörer von ihnen hören, was von deutschen Medien verschwiegen wird. Fangen wir mit Franzosen an, die seit Charles de Gaulle erfolgreichste Nation mit umweltfreundlicher Kernkraft, unterstützt von 87% der Wähler Frankreichs aller Altersklassen. Weitere Kampfthemen gewünscht? **JW**

=====

WERKSTATT EUROPA

Vulkan-Fieber - Während der "isländischen Asche-Krise" mit ihren Flugverboten konnte man in Straßburg studieren, wo Quengeln regierte und wo gute Nerven siegten. Weil nämlich Abgeordnete aus z.B. **Rumänien, Ostpolen und Süditalien bis zu 2000 Kilometer in ihren Autos nach Straßburg** am Steuer saßen, war das Plenum des Europäischen Parlaments voller als in früheren Sitzungen. ARD- oder ZDF-Nachricht? HaHa!

Straßburg - Im Europäischen Parlament wurde ein Freundeskreis für Außen- und Sicherheitspolitik gegründet. Dazu erschien auch KAS-Präsident Prof. **Hans-Gert Pöttering**, Berlin, der vor fast 30 Jahren mit Erfolg Sicherheitspolitik in der Völkervertretung verankert hatte. Zu den Mitgliedern der "**Freunde des Eurokorps**" gehört auch **ContraSalon**-Sponsor **Michael Gahler**. Der Kreis vereint aktive und ehemalige Abgeordnete.

Hellmut Holle, Essen, Ex-Bundesgeschäftsführer der CDU und **ContraSalon**-Leser, dankte für mein Extra in Sachen Papst: "Mit großem Interesse wieder *contrasalon* gelesen. Dank! Auch Seewald fand mein Interesse und Zustimmung als Protestant."

Werner Langen, Boss der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, griff mal wieder voraus. Wenn man schon energieeffizientere Autos baue (die ja da und dort gefördert werden oder würden), dann solle es wenigstens "**europaweit einheitliche Industriestandards**" geben. Es geht Werner Langen JETZT SCHON um gleiche Rahmenbedingungen beim Elektro- pp-Wettlauf bei neuen Antriebstechniken, die man morgen braucht. Die Kommission ist "beim Nachdenken". Langen lehnt ab, dass sie Ziele wie Einsatz von Wasserstoff oder Elektro vorgibt. Recht hat er, betrogen könnten wir aber doch werden. Immer wieder das Gleiche: Unterstützt endlich das Europäische Parlament, auch im Bundestag. Es genügt nicht, in Berlin über "Karlsruhe" froh zu sein.. .

Universität Umeå - Eine schwedische Forschungsgruppe unter Leitung des früheren Europaabgeordneten **Sören Wibe** sieht in dem immer noch anhaltenden Einsatz von Biotreibstoffen eine Gefahr für Natur und Umwelt. Seit der Jahrtausendwende habe die Produktion von Äthanol aus z.B. Raps und Zuckerrohr zu 20 Millionen Tonnen zusätzlichem CO₂ geführt. Biosprit habe außerdem selbst nach etwas Umsteuern zu höheren Nahrungsmi-

ttelpreisen in der Dritten Welt geführt, fern zu verstärkter Waldrodung. Die Veröffentlichung der Wibe-Daten in *Svenska Dagbladet* löste nach Angaben der Forscher "zu 86% positive Reaktionen" aus.

Francis E. Farrugia, Präsident des Normenkomitees von Malta, hat zum Kongress der von der Brüsseler Kommission rechtlich unabhängigen europäischen Normierungsgremien **CEN** und **CENELEC** für 1.- 3. Juni 2010 nach Malta eingeladen. Die beiden Institutionen, nicht EU-Beamte, leisten die **entscheidende Arbeit bei der Festsetzung von europäischen Standards**, die die Kommission so übernimmt, wie das Bundeswirtschaftsministerium die Ergebnisse des deutschen Normenausschusses (DIN). Tagesordnung und Rednerliste des gen. Kongresses widerspiegeln die Tatsache, dass in CEN und CENELEC nicht nur Vertreter aus 27 EU-Staaten tätig sind, sondern noch weitere Staaten. Das Hauptthema: **"Die Zukunft und die Herausforderung der künftigen europäischen Standardisierung"**. Details im Internet: www.msa.org.mt/Malta2010/index.html

Dr. Joachim Wuermeling, CDU-Staatssekretär a.D., Präsides in der Europa Union, hat auf 6 Seiten (EUD-konkret 2/2010) eine Information "Häufig gestellte Fragen zur Finanzkrise Griechenlands" herausgebracht, dass Ihr/Sie bestellen könnt/können. Das Papier ist Spitze ! Im Internet: <http://www.europa-union.de/index.php?id=5620>

Fortsetzung Polenwahlen - holt Jaroslaw Kaczynski auf?

Die Trauer über die Toten von Smolensk bleibt, spekuliert wird dennoch viel



Sorge um Polen: Karlspreis-Tusk

Dass es PiS-Präsidentschaftskandidat **Jaroslaw Kaczynski** in Umfragen auf bis zu 31% brachte, galt dem Sender POLSAT als 'Rekord', doch Herausforderer **Komorowski** kreist um 50%. Es beunruhigt eher, dass die ihn tragende "Bürgerplattform" PO ein Stück absackte. // Komorowski ist, wie erwartet, kein guter Redner geworden. Er erklärte immerhin, er werde nach seiner Wahl ganz rasch Brüssel, Berlin und Moskau besuchen. // Die Wahlkampf-

leiterin von Kaczynski betont täglich in kleinen Zirkeln, der Tod des Bruders habe einen neuen, nachdenklichen und zurückhaltenden Bruder Jaroslaw hinterlassen. Noch hatte er aber keinen großen Auftritt. // Die Zahl der Unterschriften für die Kandidaten, auch die aussichtslosen, war hoch, und man mutmaßte zuerst, es könne zu einer hohen Wahlbeteiligung kommen. Doch leider reiche die Wahl mit der Möglichkeit einer 2. Runde in die Ferien hinein. // Jetzt die **Schattenseite**: Das Gerücht hielt sich, die Bischöfe würden ausdrücklich Kaczynskis Wahl empfehlen. Bis jetzt beschränkten sich einige wie Bischof **Ryczan** in Kielce auf ein Gebet "Maria, wir bitten Dich um einen klugen Präsidenten, der der Nation und nicht den Interessen einer Partei dient." Andere hingegen zitieren in Predigten "Recht und Gerechtigkeit" als hohe Werte und "wundern" sich, dass diese Begriffe identisch mit dem Parteinamen PiS sind. Man sagt naiv, der Spruch stamme aus der Bibel. // Weil dies nun alles so ist, löste die **Erhebung des päpstlichen Nuntius in Polen, Jozef Kowalczyk (ein Pole!), zum Primas von Polen und Erzbischof von Gnesen durch Benedikt XVI.** ein großes Echo aus. Im Vatikan heißt es, gerade diese Ernennung solle erneut das **Erbe von Papst Johannes Paul II.** betonen, und zu diesem Erbe zähle das **Bekenntnis zu Polens Integration in die europäische demokratische Familie.**

Polen-Telegramm: Das Land will erst **2015 in die Euro-Zone** // Im Unglücksflugzeug waren 122 Handys eingeschaltet, die aber **ohne Einfluss** auf die Landung blieben. // In Brüssel klagt **Jacek Saryusz-Wolski**, Chef der PO-Gruppe in der EVP-Fraktion, Polen (aber auch Deutschland) werde nicht angemessen **im Auswärtigen Dienst der EU** berücksichtigt. Polen erfülle seine Stellenquote nur zu 26%. ▶ [Jacek Saryusz-Wolski, PO-Parlamentsgruppe Brüssel](#)



KLIMAUMWELTENERGIEKLIMAUMWELTENERGIEKLIMAUMWELTE

Windkraft - sauber, doch mit verdrängten Problemen beladen

*Gekürzter und ergänzter Text von Dr.Ing. Dr. rer.pol. Herbert Backhaus,
Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Energie und Umwelt (AGEU), Bad Honnef
(www.arge-energie-und-umwelt.de)*

Ich fuhr im Geiste zu den Inbetriebsetzungs-Feierlichkeiten für den ersten deutschen Offshore-Windpark. Gemeinsam mit den Vorständen großer deutscher Stromversorger (EWE, RWE, Vattenfall) drückte der Umweltminister am 27. April 2010 einen grünen Startknopf, um Offshore-Strom ans Festland fließen zu lassen. Auch der *Spiegel* ließ sich das medienwirksame Ereignis nicht entgehen. Titelte am 26. April 2010: "Watt aus dem Meer". Es wird jetzt und künftig immer wichtiger, Fakten und Fiktionen der Off-shore-Windverstromung mit greifbaren Zahlen transparent zu machen.

Im Projekt **Alpha Ventus** sind zwölf Windgeneratoren mit einer Leistung von jeweils 5 MW installiert, zusammen demnach 60 MW. Gekostet hat das Offshore-Unternehmen bisher 250 Mill. €. Berlin will einen Subventionsbeitrag von 30 Mill. € leisten, falls die Europäische Kommission zustimmen will.



☀ *Offshore und/oder Kernkraft ?*

Nehmen wir an, dass der Seewind doppelt so lange bläst, wie derjenige auf dem Festland, dann kann man mit jährlich rund 3.000 Vollaststunden rechnen. Erzeugt werden 180 Millionen kWh. Der deutsche Gesetzgeber garantiert den Offshore-Verstromern eine Einspeisevergütung von 15 cents/kWh, während der Strom aus konventionellen Kraftwerken im Mix mit 5 cents/kWh ins öffentliche Netz eingespeist wird. Die Differenz von 10 cents/kWh bedeutet, dass der deutsche Stromverbraucher 18 Millionen € für den gesetzlich *übersteuerten* Offshore-Strom zahlen muss, in 20 Jahren werden es 360 Millionen € sein.

Klingt nicht allzu viel, aber das "dicke Ende" kommt noch. Nach Angaben des Bundesamtes für Seeschifffahrt sind 25 weitere Projekte (von Alpha bis Omega Ventus) genehmigt, mit mehr als 1.650 Windrädern. Wenn diese eine Einzelleistung von 5 MW haben, kommen 8.250 MW an installierter Leistung zusammen. Herr Röttgen wird dem erstaunten Publikum schon bald erzählen, dass danach deutsche Kernkraftwerke überflüssig sein werden. Doch so sind die Fakten: Sollten die 1.650 Offshore-Windverstromer nicht billiger werden als die jetzt in Betrieb genommenen 12 Windräder, dann wird eine Investition von 35.000 Millionen € fällig. Für diese Summe könnte man 7 Kernkraftwerke errichten, von der Bauart wie sie bald in Finnland in Betrieb gehen wird (installierte Leistung 1.600 MW, Investition 5.000 Millionen €).

So viele Kernkraftwerke wären aber nicht nötig, um ebenso klimafreundlich Strom wie die 1.650 Windräder zu erzeugen. Wenn diese Räder mit einer installierten Leistung von 8.250 MW bei jährlich 3.000 Vollaststunden so vom Wind bewegt

würden, dass sie ihre Peak-Leistung liefern, wären es gut 24.000.000 MWh pro anno. Um diese Strommenge zu erzeugen, genügen 2 Kernkraftwerke à la Finnland. Diese nämlich müssen nicht warten, bis der Wind bläst und können bedarfsgerecht jährlich für 7.500 Stunden betrieben werden (2 x 1.600 MW mal 7.500 h) und ebenfalls 24.000.000 MWh Strom liefern.

Statt 35 Milliarden für Offshore-Verstromer auszugeben, wären es nur 10 Milliarden für die Kernkraftwerke. Diese Differenz wird aber (u.a.) die Herrscher von RWE nicht weiter stören, denn sie werden alle Kosten über den Strompreis ihren Kunden bedenkenlos aufladen (dürfen). Auf den deutschen Stromverbraucher kommt aber noch mehr Ärger zu, denn für den Offshore-Strom bezahlen sie 150 €/MWh, für den Kernkraftstrom würden es um die 50 €/MWh sein. Der deutsche Gesetzgeber (EEG-Gesetz) garantiert den Windverstromern die "Einspeisevergütung" für 20 (!) Jahre. In dieser Zeit produzieren 1.650 Windräder 480 Millionen MWh, was den deutschen Stromverbraucher 72 Milliarden € kosten wird. Für den Kernkraftstrom hätte er nur 24 Milliarden € zahlen müssen. Die Mehrkosten von 48 Milliarden € soll der deutsche Stromverbraucher zahlen, weil Berlin ihm einredet, dass mit der Kohlendioxid-freien Windverstromung die Welt vor einer Klimakatastrophe gerettet werden kann. Ihm wird es entweder nicht bewusst oder er wird nicht darüber informiert, dass der Strom aus Kernkraftwerken de facto so Kohlendioxid-frei ist wie der Windstrom.

Fazit: Im Vergleich zu 2 Kernkraftwerken liegen die Investitionskosten für 1.650 Windräder um 25 Milliarden € höher und die Kostendifferenz für den Strom beträgt 48 Milliarden €. Mit ökologisch und ökonomisch unsinnigem Aufwand werden 24 TWh Strom erzeugt, nur etwa **4 % (!)** des deutschen Strombedarfs von rund 600 TWh.

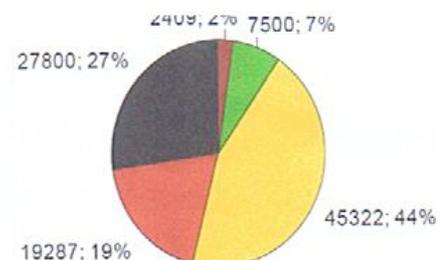
Der Gipfel des Ganzen: Windstrom fällt völlig bedarfsunabhängig an, und überschüssige Mengen müssten gespeichert werden. Das können sie aber heute nicht. Zur Lösung dieses Problems kursieren vor allem zahlreiche Visionen. Es stimmt zwar, dass aus überschüssigem Windstrom Talsperren über Pumpen gefüllt werden können, und es gibt dazu Lösungen u.a. in Norwegen. Fällt Windstrom aus oder geht zurück, liefern Wasserturbinen an Stauseen "Strom zurück". Was aber in den Medien jetzt kaum vorkommt: 1. fehlen Stauseen in notwendiger Zahl und Größe, 2. müssen die vorhandenen Stauseen schon seit Jahrzehnten "eigenen" Strom liefern, denn dafür wurden sie gebaut.



MEDIEN

Der Online-Wahlkampf 2009 blieb ohne messbaren Einfluss auf das Wahlergebnis.

Die Analyse ist klar. Die Schlacht vor der Bundestagswahl 2009 sollte der erste Internet-Wahlkampf der Geschichte werden. Nach Barack Obamas revolutionärer Online-Strategie pumpten unsere Parteien erhebliche Mittel in einschlägige Maßnahmen wie Webseiten, Communitys, Netz-Videos und Profi-Twitterer. Eine Studie analysiert nun: alles für die Katz. // Insgesamt waren in den Netzwerken der fünf Bundestagsparteien rund 110.000 Menschen angemeldet. Nur ein Bruchteil



☀ **Prozente Partei-Familien**

davon war auch aktiv, schreibt Medienwissenschaftler Benjamin Gürkan in seiner Masterarbeit: „Der Online-Wahlkampf zur Bundestagswahl 2009 glich eher zwei Selbstgesprächen als ei-nem Dialog. Netzwelt und Politik diskutierten, stritten und kämpften urn Stimmen, aber eher aneinander vorbei.“ Gründe dafür: Die Obama-Strategie sei nicht auf Deutschland übertragbar. Außerdem sind etwa die Hälfte der Parteimitglieder hierzulande über 60 und damit wenig netz-affin. Und schließlich verirrte sich kein Spitzen-politiker persönlich ins Internet. Görkans Fazit 1: Der Online-Wahlkampf 2009 war mehr Selbstgespräch statt Dialog. Fazit 2: Der Befund verleitet zu zwei Fehlschlüssen. Erstens werden permanente politische "mail-groups" (wie auch der **ContraSalon**) nicht überflüssig, im Gegenteil. Zweitens gibt es ein Anwachsen des online-wahlkampfes **erst über die Jahre und mit dem Generationsschub. Auch die USA waren keine Ausnahme.**

Aus für Aust - aber was denn nun?

► Nach der Welle von Enthüllungen über reife Magazin-Pläne von **Ex-SPIEGEL-Chef Stefan Aust** (siehe unsere vorige Ausgabe) knallten Contra-Meldungen. Medien-Guru Schumacher: "Endlich hat der Spuk ein Ende." Der Springer-Verlag sprang zuerst ab, die WAZ folgte, beide sprachen jetzt von "gemeinsamem weiteren Nachdenken". Querschüsse von Anzeigen-Strategen sollen den Ausschlag gegeben haben. Für "geschlagen" hält Aust niemand. Seine Pferdezucht ist auch nicht ohne. Ex-FOCUS-Chef **Helmut Markwort höhnte** über Aust: "Propaganda-Genie scheiterte an seiner Propaganda."

► **Wolfgang Büchner**, neuer dpa-Chef, hat per *interner mail* eine Verhaltens-Check-Liste gemacht, aus der man raten kann, was er da antraf. "Immer überprüfen" müssten nun Mitteilungen werden, wenn sie nur "den **geringsten Zweifel an Inhalt und Authentizität** aufwerfen". Bei "angeblichen Erkenntnissen" an der Klimafront muss sich dpa künftig bei "renommierten Fachorganen" rückversichern. Glückwunsch!

► **Alexander Marguier** wird Kronprinz beim CICERO-Chef und SPD-Genossen **Michael Naumann**, kommt von der FAZ am Sonntag.

► **Nikolaus Brender**, seit 4 Wochen Ex-ZDF-Chefredakteur, empfing ironische "Glückwünsche" von Kollegen dafür, dass er zum ersten Mal selbst fahrend durch eine Auto-Waschanlage kam.

► Die rechtslastige Wochenzeitung **JUNGE FREIHEIT**, die in den letzten Wochen keine giftige **Polemik gegen Angela Merkel** ausließ, konnte ihre Auflage von 16.700 auf 18.400 Stück steigern.

► **Kurt Kister** und **Wolfgang Krach**, beide Stellvertreter von SZ-Chef **Hans Werner Kitz**, sollen nach Münchner Gerüchten beide SZ-Chefs werden, wenn Kitz bei SAT 1 eine geplante Neuauflage von "**Talk im Turm**" startet. Über Kister sagte die Kanzlerin, ihn lese ihn gern. Über den Kitz-Aufstieg berichtete zuerst der STERN.

► Dass **Gregor Gysi** die Führung der Linkspartei abgab, freute die Illner-Redaktion. Ein Redakteur: "Jetzt können wir ihn einladen, wenn wir wollen und müssen nicht darauf warten, ob es seine Partei offiziell tut. **Und Oskar?** ↔"



Jürgen Wahl Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 - 324381 //

e -mail: post@jwahl.de

SPENDEN bitte auf Konto 101 40 30 17 BLZ: 370 69 805